

97.002

**Aussenwirtschaftspolitik.
Bericht 1996/I, II****Politique économique extérieure.
Rapport 1996/I, II**

Bericht, Botschaften, Gesetz- und Beschlussentwürfe
vom 15. Januar 1997 (BBl II 1)
Rapport, messages, projets de loi et d'arrêté
du 15 janvier 1997 (FF II 1)

*Antrag der Kommission**Eintreten und Kenntnisnahme vom Bericht**Proposition de la commission**Entrer en matière et prendre acte du rapport*

Bloetzer Peter (C, VS), Berichterstatter: Die Aussenpolitische Kommission hat den Bericht des Bundesrates zur Aussenwirtschaftspolitik 1996/I, II sowie die im Anhang zu diesem Bericht unterbreiteten drei Botschaften über internationale Wirtschaftsvereinbarungen, eine Botschaft zu Änderungen der Schweizer WTO-Verpflichtungsliste sowie des Zolltarifgesetzes beraten. Sie beantragt Ihnen einstimmig, vom Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen und den fünf Bundesbeschlüssen sowie der Änderung des Zolltarifgesetzes zuzustimmen.

Der Bericht enthält, wie jedes Jahr, nicht nur den eigentlichen Tätigkeitsbericht über die Aussenwirtschaftspolitik, welcher gemäss Artikel 10 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über aussenwirtschaftliche Massnahmen den Räten zur Kenntnisnahme zu unterbreiten ist, sondern er enthält, wie jedes Jahr, auch wertvolle Analysen und interessante Überlegungen und Feststellungen zum Wesen und zu den Randbedingungen der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik.

Wie üblich gliedert sich der eigentliche Bericht in drei Teile. Der erste und einleitende Teil enthält eine umfassende Bestandesaufnahme über die heutige Wirtschaftszusammenarbeit in Europa und deren vielfältige Strukturen und Formen. Der zweite Teil vermittelt einen Überblick über die Wirtschaftslage. Der dritte Teil ist der eigentlichen Aussenwirtschaftstätigkeit des vergangenen Jahres gewidmet.

Dem Bericht sind sodann im zweiten Teil der Beilagen drei Botschaften über internationale Wirtschaftsvereinbarungen angegliedert, welche vom Bundesrat gemäss Artikel 10 Absatz 2 bzw. Absatz 3 des Gesetzes den Räten zur Genehmigung zu unterbreiten sind. Die erste Botschaft betrifft das Abkommen zwischen den Efta-Staaten und den Republiken Estland, Lettland und Litauen (Ziffer 821 samt Anhängen). Die zweite Botschaft erläutert das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein betreffend die Direktversicherung. Die dritte Botschaft behandelt die Vereinbarung zwischen der Schweiz und den USA betreffend das WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen sowie den Bundesbeschluss über die Ausdehnung des Anwendungsbereiches des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen. Der zweite Teil der Berichtsbeilagen enthält ausserdem eine vierte Botschaft, mit welcher der Bundesrat den Räten einen Bundesbeschluss betreffend die Abänderung der Liste LIX-Schweiz-Liechtenstein sowie die Änderung des Zolltarifgesetzes unterbreitet.

Die Bundesbeschlüsse unterstehen nicht dem fakultativen Staatsvertragsreferendum, da sie nicht zu einer multilateralen Rechtsvereinheitlichung führen. Die Revision des Zolltarifgesetzes untersteht dem fakultativen Referendum.

Die APK hat sich in ihren Beratungen vor allem mit der Wirtschaftszusammenarbeit in Europa, mit der Entwicklung der Lage unserer Wirtschaft sowie derjenigen unserer Handelspartner und deren Rahmenbedingungen befasst – zum einen mit der zunehmenden Globalisierung, welche als wesentlicher Parameter unsere nationale wie auch die kontinentale

und globale Wirtschaft prägt, zum anderen mit der multilateralen Zusammenarbeit, welche immer mehr zum entscheidenden Faktor jeglicher aussenwirtschaftspolitischen und aussenpolitischen Tätigkeit wird.

Die APK hat sich nicht erst anlässlich der Beratungen zum Bericht über die Aussenwirtschaftspolitik eingehend mit der Globalisierung der Wirtschaft und der multilateralen Wirtschaftszusammenarbeit befasst, sondern bereits anlässlich ihrer Januarsitzung in gemeinsamen Beratungen mit Generaldirektor Renato Ruggiero von der WTO und mit Generalsekretär Kjartan Johannsson von der Efta, dies im Beisein von Vertretern des Baw und des EDA, insbesondere der Herren der ständigen Mission in Genf.

Die Kommission stellt in Übereinstimmung mit den Experten und den Vertretern des Bundesamtes für Aussenwirtschaft fest, dass die Globalisierung eine Realität ist und nicht eine Option, welche die Schweiz allenfalls zurückweisen kann. Sie ist nicht Resultat einer politischen oder volkswirtschaftlichen Entscheidung, sondern Folge einer weltweiten Entwicklung. Neue, zunehmend effiziente und weltweit verbreitete Technologien prägen die gesamte Weltwirtschaft und den Welthandel. Wissen und Know-how stehen nicht mehr allein im Dienste einiger hochindustrialisierter Länder, sondern sie dringen überall und weltweit vor. Die Herstellung von Spitzenprodukten ist nicht mehr an einzelne Länder und Räume gebunden, wie dies noch vor kurzem der Fall war.

Die Entwicklung der Telekommunikation, die weltweite Vernetzung, nimmt in einem rasanten, nie gesehenen Ausmass zu. Der rasche und weltweite Vormarsch der englischen Sprache im Bereiche der Telekommunikation ermöglicht die weltweite Vernetzung von Handel, Dienstleistung und Produktion.

Diese Entwicklung bietet gerade für exportorientierte Staaten, aber auch für Entwicklungsländer Chancen, die es zu erkennen und zu nutzen gilt. Dies gilt insbesondere auch für die Schweiz. Einmal mehr stellen wir eine Kluft zwischen der innenpolitischen Befindlichkeit und den aussenwirtschaftspolitischen Interessen unseres Landes fest. Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft in unserem Land sind gefordert, in einfacher, verständlicher Form der breiten Öffentlichkeit nachhaltig zu kommunizieren, dass die Globalisierung der Wirtschaft eine Realität ist und dass sie für unser Land grosse Chancen bietet, die es zu erkennen und zu nutzen gilt. Das kommende Jubiläum von Gatt/WTO ist deshalb zu nutzen, um nicht nur in unserem Land, sondern auch weltweit allen Mitgliedstaaten der WTO die realen Zusammenhänge und die gewaltigen Chancen einer globalisierten Wirtschaft darzulegen.

Die Kommission hat festgestellt, dass die Weltwirtschaft und damit auch unsere Aussenwirtschaft zunehmend von der multinationalen Zusammenarbeit geprägt sind. Letztere wird immer mehr zum entscheidenden Faktor der weltweiten aussenwirtschaftspolitischen Tätigkeit.

Die Kommission hat zur Kenntnis genommen, dass einer der Gründe unserer derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Umstand der Nichtzugehörigkeit zum EWR liegt. Als Nichtmitglied einer der grossen regionalen Gruppen sind wir ein Stück weit isoliert, was einem klaren aussenwirtschaftspolitischen Nachteil entspricht, der soweit als möglich auf anderem Wege wettgemacht werden muss.

Als erfreuliche Errungenschaft darf in diesem Zusammenhang die Einführung einheitlicher Ursprungsregeln zwischen EU, Efta und den mittel- und osteuropäischen Staaten hervorgehoben werden.

Damit werden Schweizer Halbfabrikate und Fertigprodukte denjenigen aus der EU und den anderen betroffenen Ländern gleichgestellt. Der Bericht und die Beratung haben verdeutlicht, wie sehr hier die Schweiz mit der Efta aktiv an dieser Errungenschaft beteiligt war. Die Realisierung der paneuropäischen Kumulation ist ein gutes Beispiel effizienter und erfolgreicher aussenwirtschaftspolitischen Tätigkeit sowie der gekonnten Ausnutzung unserer aufgrund der Isolierung beschränkten Möglichkeiten.

Anlässlich unserer Sitzung in Genf vom 9. und 10. Januar 1997 durften wir feststellen, wie sehr die Arbeit der Vertreter

von EDA und Baw von den Organisationen wie WTO, Efta und UNHCR geschätzt wird. Sie zeichnet sich durch hohe Kompetenz, Dynamik und sehr effizientes, aktives Mitmachen aus. Die Kommission hat erneut festgestellt, dass die Bildung von regionalen Wirtschaftszonen wie EU, Nafta, Mercosur und Asean, welche immer häufiger untereinander Präferenzbehandlungen beschliessen, für weniger integrierte Länder wie die Schweiz, aber auch für viele Entwicklungsländer Risiken darstellt. Die Schweiz hat sich deshalb auf globaler Ebene für eine zusätzliche Öffnung der Märkte und für einen weiteren Ausbau des multilateralen Handelssystems einzusetzen. Das multilaterale Handelssystem muss neue Regeln entwickeln, welche für ein kohärentes Zusammenwirken der zahlreichen regionalen Gruppierungen Gewähr bieten. Ferner muss sich die Schweiz weiterhin für eine Stärkung der WTO und ihrer Kontrollmechanismen einsetzen. Erneut hat die Kommission darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, die Hauptgedanken auch des diesjährigen Aussenwirtschaftsberichtes in einer leserfreundlichen Publikation der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ich schliesse, indem ich Ihnen beantrage, von diesem Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen und den Bundesbeschlüssen und der Revision des Zolltarifgesetzes zuzustimmen, dies gemäss einstimmigem Kommissionsbeschluss.

Forster Erika (R, SG): Auch ich danke dem Bundesrat für den wie immer ausführlichen und umfassenden Bericht. Er bietet eine gute Übersicht über das globale Wirtschaftsumfeld und überdies eine wertvolle Auflistung der vielfältigen institutionellen aussenwirtschaftspolitischen Beziehungen der Schweiz. Gerade deshalb kommt dem Bericht auch eine grosse innenpolitische Bedeutung zu, denn er stellt einmal mehr klar, wie vielfältig und ständig wachsend das internationale Netz der Zusammenarbeit ist, in dem die einzelnen Länder sich entfalten und wachsen können. Er zeigt aber vor allem auch unser Bemühen, auf der eigenen, relativ schmalen institutionellen Basis den Anschluss an die grösser werdenden Wirtschaftsräume nicht zu verpassen.

Auch im letzten Jahr sind unserer Wirtschaftsdiplomatie diesbezüglich einige Erfolge gelungen, welche von der Öffentlichkeit wohl kaum beachtet worden sind, für die Weiterentwicklung unserer aussenwirtschaftlichen Beziehungen aber eine grosse Rolle spielen. Dass es mit der sogenannten «paneuropäischen Kumulation» gelang, das Freihandelssystem zwischen den EU-, den Efta-, den EWR-Staaten und der Schweiz ab Anfang dieses Jahres auf die zehn mittel- und osteuropäischen Freihandelsstaaten auszudehnen, bedeutet nicht nur für einzelne Industriezweige – insbesondere für die Textilindustrie – die Lösung existenzbedrohender Probleme, sondern ermöglicht auch anderen Branchen die Ausdehnung der Geschäftstätigkeit ohne Diskriminierung.

Ohne das Verdienst auch der schweizerischen Unterhändler in dieser Angelegenheit in irgendeiner Art schmälern zu wollen – wir dürfen im Gegenteil davon Kenntnis nehmen, dass hier ausgezeichnete Arbeit geleistet worden ist –, zeigt das Beispiel aber auch, dass heutzutage Lösungen zugunsten der Schweiz nur noch zustande kommen, wenn die Interessenlage unserer Handelspartner mit der unsrigen kongruent ist. Das war hier glücklicherweise der Fall. Im Hinblick auf andere Verhandlungen im aussenwirtschaftlichen Bereich, insbesondere auf die bilateralen und sektoriellen Verhandlungen, heisst das, dass wir keine Geschenke erwarten können, dass auch für die andere Seite die Rechnung stimmen muss. Unser politisches System erlaubt aber letztlich keine Aussenhandelspolitik ohne Berücksichtigung innenpolitischer Gegebenheiten, was, wie wir nur zu gut wissen, den Spielraum für akzeptable Ergebnisse und vor allem das gewünschte Tempo in der Zielerreichung enorm mindert. Dieser Aspekt muss uns bestimmt im Zusammenhang mit der Verfassungsreform noch beschäftigen.

Was not tut, ist deshalb eine intensivere, konsistente und systematische Öffentlichkeitsarbeit von Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Wir haben diese Feststellung schon vor Jahresfrist gemacht, und ich habe mit Befriedigung festgestellt,

dass sich die Verwaltung unser Anliegen auch zu ihrem gemacht hat. Es muss aber noch vermehrt gelingen, die Zusammenhänge zwischen Grössen wie Wirtschaftslage, Wachstum und Beschäftigung einerseits und der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz andererseits aufzuzeigen. Nur vor diesem Erkenntnishintergrund entsteht die Bereitschaft, den Rahmen zu schaffen, in dem die Wirtschaft die im Prozess schlummernden Chancen wahrnehmen kann. Wir dürfen uns von einer nächsten Generation nicht den Vorwurf machen lassen – aus welchen Gründen auch immer –, entscheidende Entwicklungen verschlafen zu haben. Sich auf die oft gehörte These des noch ungenügend hohen Leistungsdrucks zu verlassen, dank dem die Probleme dereinst einfacher lösbar werden, ist sicher nicht Ausdruck der Stärke. Der Aspekt des Zeitdrucks kommt meines Erachtens im Bericht viel zu wenig zum Ausdruck; ihn mit geeigneter Öffentlichkeitsarbeit bewusst zu machen scheint mir wichtig. Der Bericht bietet dazu eine gute Grundlage.

Ich bitte deshalb den Bundesrat erneut, dass er als Folge dieser Debatte auch dieses Jahr seine Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Aussenwirtschaftspolitik verstärkt.

Simmen Rosemarie (C, SO): Auch ich möchte dem Bundesrat für den Aussenwirtschaftsbericht danken, der sich auch dieses Jahr interessant und umfassend darbietet. Die Wirtschaftslage in der Schweiz selber weist insgesamt ein reichlich trübes Bild auf, auch wenn der vorliegende Bericht der Schweiz freundlicherweise nur das Abgleiten in eine kleine Rezession bescheinigt. Aber auch das ist vor dem Hintergrund einer nun doch schon Jahre dauernden Stagnation ein schwerwiegender Befund. Dass daran weniger der Aussenhandel als vielmehr die stockende Binnennachfrage schuld ist, mag zwar eine Erklärung sein, ist aber kaum ein Trost. Grund dafür, dass auch der Aussenhandel keinen Anlass zu übermässiger Freude bietet, ist die Tatsache, dass die weit aus wichtigsten Handelspartner der Schweiz, nämlich die Staaten der EU, selber mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Damit kommt den Beziehungen zu den übrigen Ländern, seien das Industriestaaten wie die USA oder Japan oder Schwellen- und Entwicklungsländer, eine wachsende Bedeutung zu. Mit anderen Worten: Die Globalisierung ist auch für die Schweiz ein Thema ersten Ranges.

Ich teile die Meinung meiner Vorrednerinnen und Vorredner, dass das Wort «Globalisierung» bei weiten Kreisen der Bevölkerung Skepsis und Ängste weckt. Globalisierung wird entweder als Option verstanden, die man ergreifen kann oder auch nicht, oder dann wird sie als unaufhaltsames Schicksal wahrgenommen, dem man ausgeliefert ist. Beides trifft nicht zu. Eine Option ist die Globalisierung deshalb nicht, weil wir eine Globalisierung von Information und Kommunikation, aber auch der Mobilität schon lange haben. Die Globalisierung der Märkte ist nichts anderes als ein weiterer Teil dieser Entwicklung, die schon längst im Gange ist.

Sie muss aber auch nicht wie eine Naturkatastrophe über uns hereinbrechen, sondern wir müssen Mittel und Wege suchen und finden, um sie in geordnete Bahnen zu lenken. Auf jeden Fall aber müssen wir in der innenpolitischen Debatte immer wieder und mit Nachdruck darauf hinweisen, dass gerade für kleine Länder das Vorliegen und die Anwendung von internationalen Regeln von zentraler Bedeutung ist. Ein Instrument, um solche einigermassen geordnete Zustände herzustellen, ist die Welthandelsorganisation WTO.

In diesem Zusammenhang wird es interessant sein, zu verfolgen, wie sich das Streitschlichtungsorgan der WTO in Genf in Zukunft in den verschiedenen Handelszwisten verhalten und wie sie diese regeln wird. Es ist sicher, dass wir bei der Umsetzung des grossen Vertragswerkes noch einen langen Weg vor uns haben, bevor wir zu einem auch nur einigermassen fairen und ausgewogenen Verhältnis zwischen grossen und kleinen, zwischen armen und reichen «global players», die wir inzwischen alle geworden sind, gelangen. Im Bericht ist auf ein weiteres Instrument zur Regulierung des Welthandels verwiesen, nämlich auf das multilaterale Abkommen über Investitionen, das im Moment noch verhandelt wird. Dabei handelt es sich um eines der ganz wichtigen Ab-

kommen, haben sich doch die Direktinvestitionen von 1985 bis 1995 von 60 Milliarden auf über 315 Milliarden Franken mehr als verfünffacht. Damit sind sie zum wichtigsten Mechanismus der ganzen Globalisierung geworden. Es ist nicht ganz zufällig, dass in diesem Abkommen, das weltweit wirksam sein wird, eine Ausnahmeklausel für kulturell relevante Wirtschaftstätigkeiten vorgesehen und nach wie vor umstritten ist.

Diese Klausel zeigt das Bedürfnis der Länder, neben dem weltweiten Spielfeld der «global players» auch eine eigene, unverwechselbare kulturelle Identität zu beanspruchen und zu verteidigen. Da das Investitionsabkommen allen Ländern offenstehen und sicher auch von Investoren in Entwicklungsländern benützt werden wird, ist es von grosser Bedeutung, dass in diesem Abkommen auch die Grundsätze einer nachhaltigen Produktion, des Technologietransfers in Erfüllung der Agenda 21 und von ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen verankert werden. Nur so kann verhindert werden, dass die Investitionen in den Entwicklungsländern letztlich den Graben zwischen reichen und armen Ländern vergrössern, statt ihn langsam aufzufüllen.

Zum Schluss möchte ich noch einen kleinen, unscheinbaren Abschnitt am Ende des Berichtes erwähnen, in welchem auf das Zentrum für Handel und nachhaltige Entwicklung in Genf verwiesen wird. Dieses Zentrum, das auch von der Schweiz unterstützt wird, leistet einen Beitrag daran, dass ärmere Länder mit kleinen politischen und Verwaltungsressourcen überhaupt eine Chance haben, im komplexen Gebiet des Welthandels ihre Rechte und Möglichkeiten wahrzunehmen. Dieses Zentrum ist eine ebenso gute wie kluge Institution; denn wenn wir zum Schluss noch einmal die Wachstumsraten der Volkswirtschaften ansehen, so ist klar, dass die Hilfeempfänger von gestern und heute die Kunden von morgen sind. Das wird sich dann hoffentlich auch in einem positiveren Aussenwirtschaftsbericht wieder niederschlagen können.

Ich bin für zustimmende Kenntnisnahme und für Zustimmung zu den Übereinkommen.

Cottier Anton (C, FR): Je voudrais m'exprimer sur la coopération économique multilatérale, soit la globalisation, ainsi que sur l'Europe. Il s'agit là de deux chapitres principaux du rapport. Ces deux parties sont excellentement rédigées dans le rapport. Sur ce point, j'exprime, Monsieur le Conseiller fédéral, ma reconnaissance à M. le secrétaire d'Etat et à son office.

En matière de politique européenne, le rapport énonce quelques thèses essentielles qui doivent nous guider dans notre rapprochement vers l'Union européenne, ceci au-delà des négociations bilatérales. Les pays de l'Union européenne sont les principaux partenaires de l'économie suisse, tant dans les échanges commerciaux que dans les investissements. Force est donc de constater que les rapports économiques extérieurs de notre pays, même dans le cadre de la globalisation, sont à prédominance européenne. On peut affirmer que l'Union européenne est le partenaire naturel de notre économie. Malgré ces rapports économiques privilégiés, nous n'avons guère d'autres rapports institutionnels avec l'Europe que ceux que nous entretenons avec les pays d'autres continents. La Suisse est ainsi mise à l'écart sur le plan institutionnel en Europe de l'Ouest. Le rapport relève cette déficience avec une clarté limpide. Il devra y être remédié par les accords bilatéraux. Mais cela ne saurait suffire; il devra y avoir une suite, une autre nouvelle étape, en vue d'atteindre le but stratégique qui se trouve à l'horizon de notre politique européenne.

Mon second propos concerne la globalisation. Elle est le fait d'une mutation, d'un changement profond qui secoue notre monde. La globalisation n'est pas un phénomène propre à l'économie, elle touche l'ensemble des activités humaines. Elle concerne autant les télécommunications, les migrations que les échanges entre cultures différentes. Cette mondialisation constitue une réalité. Certes, comme l'ont dit certains de mes préopinants, elle peut susciter des craintes, mais elle nous offre surtout de nouvelles possibilités. Elle libère de nouvelles ressources, et elle crée un potentiel de croissance

impressionnant. A nous donc de saisir cette chance! Les pays qui réagissent positivement face à ce changement prennent de l'avance. La Hollande l'illustre parfaitement.

Dans cette globalisation économique, les pays se trouvent dans une compétition permanente. Rien n'est acquis. Nous devons être en mesure de remettre en question nos acquis s'il le faut. Cela peut créer des difficultés et éveiller des sentiments de crainte. Dès lors, qui s'en sortira le mieux? Ce sera celui qui cultive le dialogue entre les partenaires sociaux, ainsi qu'entre l'économie et la politique. Cela vaut surtout pour une démocratie directe comme la Suisse. Pour que ce dialogue naisse et porte des fruits, il faut que la politique reconnaisse les besoins de l'économie et crée des conditions propices à la compétition. L'économie, pour sa part, doit se soucier du climat politique et social; elle ne saurait le mettre en danger ou le détériorer par des actions irréfléchies. Dans certaines restructurations d'entreprises – je pense au secteur de la bière –, cet aspect a été négligé. Le dialogue ainsi engagé contribuera à dépasser les sentiments de peur qui paralysent nombre de nos concitoyens. Lorsqu'il incombe à ces mêmes citoyens de définir et d'adopter les changements législatifs, l'instauration d'un climat de confiance est indispensable. Ce sera pour nous le prix à payer pour relever avec succès le défi de la globalisation des marchés.

Iten Andreas (R, ZG): Es wurde vom Kommissionspräsidenten, Herrn Bloetzer, auf das Phänomen der Globalisierung hingewiesen. Herr Cottier und Frau Simmen haben ebenfalls darauf hingewiesen. Herr Bloetzer hat von einer grossen Chance für die Schweiz gesprochen. Man müsse die realen Zusammenhänge kommunizieren. Ich frage mich aber: Genügt das? Müssen wir nicht auch kritisch und skeptisch sein?

Es zeigt sich immer mehr, dass der freie Weltmarkt ohne Grenzen auch eine Kehrseite hat. Bei einem Fernsehgespräch, das Spitzenvertreter der Wirtschaft, die sogenannte «Davoser Kulturelite», über die zunehmende Arbeitslosigkeit und die entsprechende Machtlosigkeit der Politik führten, hatten sie kein anderes Rezept als die Anpassung des europäischen Wettbewerbs an den Konkurrenzkampf der Weltwirtschaft. Das hörte sich an, als sei dies ein Naturphänomen, eine Lawine, der man ausgeliefert sei. Das bedeutet in der Realität der Arbeitswelt Abbau der sozialen Sicherheit, Flexibilität im Arbeitsmarkt, Anpassung der Löhne nach unten, Effizienzsteigerung, Rationalisierungen und damit natürlich auch noch mehr Arbeitslosigkeit.

Alles läuft darauf hinaus, dass die staatlichen Grenzen abgebaut werden und die kontrollierende Macht des Staates verschwindet. Der Staat wird allmählich zum Verwalter des Weltarmenhauses, während die privaten Grossunternehmen und weltweit agierenden Konzerne ohne besondere soziale und ökologische Verpflichtung Kapital akkumulieren und reich werden.

Inzwischen häufen sich die Stimmen, die auf die verheerenden Folgen einer freien Weltwirtschaft ohne staatliche und demokratische Zügelung hinweisen.

Der Grenzenlosigkeit der Kapitalflüsse entspricht als ihre Schattenseite die Internationalisierung der Kriminalität und des illegalen Handels. Es wird immer deutlicher, dass den Kapitalprozessen kontrollierende Instanzen entgegengesetzt und solche in sie eingebaut werden müssen, wenn man für die Menschheit im ganzen das Schlimmste verhüten will. Es häufen sich die warnenden Stimmen, sie sollten ernst genommen werden. Hans-Peter Martin und Harald Schumann haben 1996 einen Bestseller mit dem Titel «Die Globalisierungsfalle: der Angriff auf Demokratie und Wohlstand» geschrieben. Das ist ein gut recherchiertes Buch über die zunehmende Ohnmacht der Politik angesichts der internationalen Finanzmärkte. Die Finanzmärkte nehmen keine Rücksicht auf die Probleme der Menschen, sondern gestalten sich nach rein ökonomischen Prinzipien. In der Wochenzeitung «Die Zeit» vom 21. Februar wird auf die Publikation der Gruppe Lissabon «Fenster des Wettbewerbs» hingewiesen. Die Gruppe Lissabon beschäftigt sich ähnlich wie der Club of Rome mit den Auswirkungen menschlichen Handelns. «Die

Zeit» schreibt: «Die Bestandesaufnahme schreckt den Leser auf. Der Globus steht unter der Knute der Marktideologie. Wirtschaftliches und politisches Schaffen richtet sich auf ein Ziel, das zum Selbstzweck mutiert: Wettbewerbsfähigkeit. Ob es um Bildungsreform oder um Familienpolitik geht, um neue Konzepte der Umwelt und des Sozialstaates – sie alle sollen im Dienste des Standortes stehen.» Und: «Wie beendet man die eklatante Beschäftigungskrise? Na klar: wettbewerbsfähiger werden!» usw.

Das ist auch die alleinige Antwort, die ich von führenden Gesprächspartnern der Davoser Kulturelite auf die drängenden sozialen Probleme von heute gehört habe. Hier wird der Anspruch aufgegeben, die gesellschaftliche Praxis und die damit korrespondierende Politik vernunftmässig und nach der Idee des gerechten Ausgleichs zu gestalten.

In einem im «Le Nouvel Observateur» erschienenen Artikel schreibt der Redaktor Jean Daniel, der die Zustände in Amerika aufmerksam studiert hat, unter dem Titel – ich zitiere ihn auf deutsch – «Die wahre Herausforderung des Jahres 1997», dass die wahre Herausforderung der «capitalisme sauvage» sei. Ihm müssten Gegengewichte und Kontrollen entgegengesetzt werden. Auch der Chefredaktor des «Brückenbauer», Rolf C. Ribi, analysiert unter der Frage «Amerika, hast du es besser?» die Verhältnisse in den USA. Er zitiert eine Kennerin der Situation: «Viele Amerikaner denken immer stärker über die Opfer nach, die dieses gnadenlose Wettrennen fordert.» Gemeint ist der schrankenlose Wettbewerb in einer ohne Fesseln entbrannten Konkurrenzgesellschaft.

Das läuft mittelfristig auf eine gefährliche Konfrontation hinaus. Dass man sich in unserem Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik darüber keine Gedanken gemacht hat, empfinde ich als Mangel, der im nächsten Bericht behoben werden sollte. Es müsste auch klar werden, wohin die Anstrengungen zur Verbesserung der politischen Einflussmöglichkeiten – auch kleiner Staaten – gehen und wie intensiv die Schweiz die diesbezüglichen Anstrengungen der OECD-Ministerkonferenz vom 21./22. Mai 1996 in Paris unterstützt.

Bloetzer Peter (C, VS), Berichterstatter: Die Ausführungen von Herrn Iten darf man nicht unbeantwortet lassen. Dieses Votum ist wertvoll; ich finde, es ist gut, dass es in diesem Saal vorgetragen wurde und dass es in die Materialien eingeht. Zur Aufforderung, der Aussenwirtschaftsbericht müsse in Zukunft dieser Wertung vermehrt Rechnung tragen, kann ich nur sagen: Lesen Sie im letztjährigen Aussenwirtschaftsbericht und im Kommissionsbericht nach, welches die Haltung des Bundesrates und der Aussenpolitischen Kommission zu dieser Frage ist. Massgebend ist nicht, was am Davoser Forum von ausländischen und inländischen Wirtschaftskapitänen gesagt wird. Massgebend ist vielmehr, was der Bundesrat und unsere Bundesversammlung in dieser Angelegenheit erklären und wirklich umsetzen.

Ich zitiere, was wir im letztjährigen Bericht gesagt haben. Wir sprachen von der Globalisierung und vom diesbezüglichen Handlungsbedarf. Wir sagten, auf nationaler Ebene müsse die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Investitionsstandortes Schweiz durch konsequente Förderung aller für die Investoren massgebenden Faktoren erhöht werden, «dies jedoch ohne den partnerschaftlichen Dialog, den sozialen Frieden, den regionalen Ausgleich und die Qualität der Umwelt zu gefährden».

So hat der Bundesrat dies klar ausgesagt. So haben wir das aufgenommen und Ihnen hier namens der Kommission dargelegt. Das ist unser Credo. Nach dem wollen wir handeln. Was die Schaffung von Arbeitsplätzen anbetrifft, muss ich Herrn Kollega Iten, der Vorsitzender des Technologieausschusses war, in welchem ich mitarbeiten darf, nicht daran erinnern, was er selber mit Erfolg gefordert hat: Der Technologietransfer, der Transfer von Know-how zu den KMU, muss sichergestellt werden, damit die KMU in der Lage sind, sich trotz der Nachteile, welche sie grösstenbeding in bezug auf die Ressourcen haben, rasch an die Anforderungen des Marktes anzupassen – damit sie sich in bezug auf die Innovation, welche eigentlich allein auf Dauer Arbeitsplätze und

Wettbewerbsfähigkeit sicherstellt, eine bessere Position verschaffen können.

Damit habe ich aus der Sicht der Kommission das wertvolle Votum von Kollege Iten ins rechte Licht gerückt.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: L'état de l'économie suisse 1996, qui est la base de l'analyse de ce rapport annuel du Conseil fédéral sur la politique économique extérieure est, hélas! une répétition de quatre rapports précédents en ce qui concerne le marché intérieur. En effet, pour la sixième année consécutive, nous sommes en présence d'un marché intérieur absolument anémique, où les velléités de consommation demeurent très limitées, où la volonté de consommation est extrêmement limitée et est souvent – il faut bien le dire – transformée en possibilité et en chance d'épargne, et où même la volonté d'investissement dans cette économie intérieure et dans ce pays est essoufflée.

Mais le rapport sur la politique économique extérieure que nous vous présentons cette année montre encore un signe négatif supplémentaire. Ce signe, que nous n'avons pas eu dans les rapports précédents, est le ralentissement marqué de l'exportation, en particulier celle des biens et des marchandises de la Suisse à l'extérieur.

Si l'exportation des services continue de se porter convenablement, sans plus, pour la première fois cette année, ce moteur de l'économie suisse, qui est depuis plusieurs années presque exclusivement l'exportation, commence à se présenter de manière beaucoup plus difficile pour l'année sous revue, beaucoup plus difficile par rapport à nos concurrents, alors que les entreprises allemandes – et Dieu sait si la situation économique allemande n'est pas une situation de rêve – enregistrent une augmentation de l'ordre de 10 pour cent de leurs commandes à l'exportation. Dans le même temps, les commandes à l'exportation de l'industrie suisse ont reculé jusqu'à la fin de l'année 1996, et le VSM (les constructeurs de machines), c'est-à-dire le premier secteur exportateur de la Suisse, accuse un retard de commandes à l'exportation de 14 pour cent au dernier trimestre de l'année passée. Et s'il y a eu quand même une légère croissance du secteur de l'exportation – il faudrait d'ailleurs faire le détail, analyser ça branche industrielle par branche industrielle, car la situation n'est pas la même partout –, très faible, c'est souvent et uniquement en fonction du raccourcissement des délais de commande. Il est bien clair que si vous réalisez en trois mois les commandes extérieures qui vous sont faites alors qu'il en fallait cinq auparavant, vous avez un afflux de commandes momentané tout à fait bienvenu, mais quid de l'avenir à moyen terme et bien sûr à plus long terme?

Je crois que c'est le phénomène dominant de l'analyse que nous vous présentons aujourd'hui sur les résultats 1996: c'est qu'à l'anémie intérieure s'ajoute, tout d'un coup, et pour la première fois, une moindre croissance du secteur exportateur. Au total, et vous le savez mieux que moi, la situation économique suisse se caractérise par un taux de chômage unique qui dépasse très largement 5 pour cent en moyenne nationale, par une quote-part de la dette publique qui, en dépit de vos efforts vertueux lors de l'établissement du budget et du plan financier, n'a pas pu être orientée vers le bas, et une situation psychologique du marché extrêmement maussade. Je n'entends pas me livrer à une analyse exhaustive des causes de cette situation, parce que, et essentiellement, nous le ferons ensemble très largement à la session spéciale, à la fin du mois prochain. Mais permettez-moi de distinguer malgré tout quatre éléments explicatifs de la situation économique dans laquelle se trouve notre économie:

1. l'état anémique des marchés publics et privés des pays de l'Union européenne;
2. le cours du franc suisse;
3. notre marginalisation;
4. des explications à notre malheur économique.

1. La première explication tient assurément en la très grande faiblesse et dans les grandes restrictions des marchés publics de quasiment tous les Etats de l'Union européenne. Pour toutes sortes de raisons en effet, les pays qui nous entourent, à commencer par notre premier partenaire l'Allema-

gne, ont considérablement restreint leurs investissements publics, et en même temps que l'investissement public se restreignait, les investissements privés dans ces pays se restreignaient, peut-être dans une moindre proportion, mais ils se restreignaient aussi.

Comment voulez-vous, objectivement, qu'un pays comme le nôtre, qui dépend pour 80 pour cent des importations des pays de l'Union européenne et pour 75 pour cent de ses exportations, de la vitalité des marchés européens, et seulement d'eux, face à des marchés qui marquent le pas, à des marchés qui sont plus faibles, tout d'un coup, fasse seul des miracles? Ce n'est pas possible, et là, assurément, tient une première explication de notre situation économique extrêmement problématique. C'est un domaine, un des rares, où nous n'avons pas pris, où la volonté la plus farouche du Conseil fédéral, du Parlement et de l'économie privée ne pourrait rien changer à l'état que nous devons rencontrer. Je le dis parce qu'il y a d'autres domaines où nous pouvons bel et bien faire.

2. La deuxième raison de nos difficultés, notamment dans le marché d'exportation, est due au cours du franc suisse. Il ne fait pas de doute que pendant pratiquement une année et demie, pour ne pas dire davantage, la valeur du franc suisse, gonflée par la confiance des populations, a conduit à des taux irréalistes qui ont rendu problématique, au moment où les marges sont de plus en plus calculées, de plus en plus serrées, notre exportation à l'étranger. Cette situation, sans doute, s'est considérablement améliorée au dernier trimestre 1996. Le franc a pris alors un cours que je pourrais qualifier de peu à peu normal. Peut-être peut-on encore imaginer d'autres relations que celles qui existent aujourd'hui, mais si je vois le cours du franc suisse par rapport au dollar au 28 février et au 3 mars derniers et que je vois qu'il se situe à 1.48, 1.485, quelque chose de semblable, je me dis que le franc suisse a repris une vitesse de croisière à l'égard notamment du groupe dollar, mais sans doute aussi à l'égard du groupe «lira italiana», qui redevient correcte. Dans le même temps, je note au passage que le marché de l'argent continue de se situer à des taux de rêve, que nous devons publier, extérioriser beaucoup plus puisque l'argent au jour le jour ou l'argent à trois mois se négociait le 28 février à 1,625 pour cent et le taux est resté rigoureusement le même aujourd'hui. Il n'empêche que cette situation anormale du franc suisse a péjoré l'industrie d'exportation, relativement péjoré le tourisme qui est une branche d'exportation parmi d'autres, et que nous devons nous réjouir que le cours normal des choses se soit réinstallé. Il y aura encore mille réflexions à faire. Je me borne à cette réflexion-là pour aujourd'hui.

3. La troisième cause de nos problèmes économiques – et j'entends le dire en toute clarté –, c'est maintenant notre situation institutionnelle marginale en Europe. Sans doute n'avons-nous pas souffert du fait que nous n'étions pas de l'Espace économique européen dès l'an de grâce 1993, peu souffert en 1994 et 1995, mais en 1996, notre non-appartenance à l'institution européenne – ne serait-ce qu'à l'Espace économique, puisque c'est de l'Espace économique, et de rien d'autre, que nous n'avons pas voulu – commence à développer des effets ravageurs sur notre économie.

Voici quelques exemples concrets de cette situation plus difficile pour l'économie suisse à cause du choix institutionnel anti-européen qu'elle a fait.

Je prends des exemples en Europe, tout d'abord. Dans le domaine de la libre circulation des personnes, les travailleurs suisses sont pratiquement exclus de l'accès au marché du travail. Vous me direz que cela n'a aucune conséquence sur la situation économique intérieure. Pas du tout! Cela fait partie des conditions d'un échange normal et d'une revitalisation permanente du marché du travail. En outre, l'économie suisse a les plus grandes peines du monde, en dépit des bonnes décisions prises par le Conseil fédéral, d'engager des travailleurs spécialisés européens en Suisse. Enfin, nos étudiants doivent assumer des taxes de cours qui sont au moins le double de celles qu'assument les autres étudiants, exclus qu'ils sont des programmes d'échanges d'étudiants. Sans doute, cela ne se matérialise pas à court terme, mais à

long terme cette absence d'irrigation, d'échanges mutuels, c'est évidemment un lourd tribut négatif que nous devons payer.

En matière de libre circulation des marchandises, et là ça devient plus immédiat et plus concret, c'est l'exclusion de nos produits industriels du principe de la reconnaissance mutuelle dite «Cassis de Dijon», c'est l'exclusion des produits industriels de la reconnaissance réciproque des certificats de conformité, c'est la livraison «just in time», pour parler français, de nos produits rendue difficile à cause des invraisemblables contrôles aux frontières et des heures d'attente qui en découlent, ce sont les coûts supplémentaires pour nos produits vu le paiement de la TVA à la frontière. Je pourrais multiplier les exemples.

En matière de libre circulation des services, toujours en Europe, l'absence de licence unique dans le domaine des assurances et des services bancaires rend beaucoup moins compétitives nos entreprises de ces deux secteurs sur le marché de l'Union européenne. Les entreprises suisses de transport terrestre, et de transport aérien de surcroît, rencontrent des difficultés innombrables sur le marché de l'Union européenne – tarifs, restrictions à l'ouverture des lignes –, et il est bien évident que pendant que nous sommes hors du coup, chaque jour que Dieu fait, – enfin je ne sais pas si c'est Dieu qui fait tous les jours de l'Union européenne, mais c'est la formule qu'on retient! – la Communauté se renforce et trouve des nouvelles méthodes, de nouvelles polices intérieures qui rendent graduellement chaque jour le décalage plus grand avec notre propre institution.

En dehors de l'Europe, je l'ai déjà dit à votre Conseil, je le répète brièvement, c'est cette espèce de soumission à ce que réussit l'Union européenne en Amérique du Nord, en Amérique du Sud, en Asie du Sud-Est, à un accord semblable que peut et que doit revendiquer légitimement la Suisse. C'est d'abord l'Union européenne, la conférence de Bangkok entre l'Europe et l'ASEAN; c'était une conférence dont nous n'étions pas, alors que nous sommes un des premiers pays européens présents sur ces théâtres économiques essentiels et développés. Je n'insiste pas davantage. Le rapport sur la politique économique extérieure du Conseil fédéral est vraiment très «cool» sur cet aspect des choses. C'est la raison pour laquelle, j'insiste ce soir, nous avons un peu passé comme chat sur braise sur cet aspect de notre marginalisation institutionnelle. Il est capital et il devient extrêmement négatif.

Dans cet esprit, j'aimerais insister sur le fait que la réussite des négociations bilatérales sectorielles apparaît comme une nécessité. Et encore, elle ne nous fera pas obtenir un «Ersatz» absolument complet, loin s'en faut, de ce qui aurait pu être notre statut dans l'Espace économique européen et de ce que devrait être notre statut futur dans une Europe plus intégrée.

4. Cette quatrième condition tient sans doute à l'insuffisance de nos adaptations structurelles intérieures, notamment face à la globalisation. Voilà, le grand mot est lâché. Dans son excellent rapport, M. Bloetzer a évoqué cet aspect. Puis pratiquement toutes les interventions de la commission ou hors de la commission, que nous avons entendues ce soir, ont insisté sur cet aspect des choses. La globalisation n'est pas un phénomène avec lequel on peut ne pas compter, avec lequel il faut espérer réussir nos meilleures opérations, mais ne pas risquer les mauvais risques. La globalisation, que nous le voulions ou pas, est devenue une donnée, une donnée je dirais presque extraéconomique, qu'expliquent mille facteurs, entre autres la fulgurance et l'efficacité des télécommunications aujourd'hui, l'extraordinaire arrivée au niveau de compétence de pays que le club des nantis dont nous étions jugeait avec condescendance auparavant – pensez à l'Inde et à ses spécialistes de l'informatique auprès de qui nous avons à apprendre, etc.

La globalisation est un fait. Elle n'est donc pas une espèce de possibilité de manger à l'économie mondiale à la carte et de choisir notre menu. Ou bien les Suisses sont capables de tourner la globalisation en leur faveur, comme tous les autres essaient de le faire, ou bien nous faisons de la résistance

passive, mais celle-ci n'est pas prometteuse d'un avenir sur le long terme. Ce n'est pas possible et je dis casse-cou, constamment casse-cou, à ceux qui, face à la globalisation, ont des réflexes de peur, parfois même de panique, et parlent d'un néoprotectionnisme, parlent même ici ou là d'un nationalisme qui les mettrait au confort, pensent-ils, à brève échéance. Ces maléfica ont ruiné le monde économique et ruiné ensuite le monde politique à partir des années trente, faisant déboucher l'ensemble du monde sur le plus formidable chaos qu'il ait jamais connu.

Il n'est assurément pas dans le renouvellement de ces pratiques, de ces attitudes, de ces réserves, quelque espoir que ce soit. Non, il ne faut pas aller chercher du côté de ces solutions le confort ou la promesse d'un renouveau tranquille. Il faut bel et bien affronter une concurrence qui est devenue considérable, qui est défiante même pour les vieilles économies notamment, les vieux pays du Club des Vingt de la belle époque de l'OCDE, où il y avait nous, puis le reste du monde: «Diese Zeiten sind vorbei», et nous devons absolument être capables d'appréhender la réalité nouvelle. Alors moi je n'ai pas trente-six solutions à proposer à la Suisse, à sa classe politique, au Parlement, non plus qu'à l'économie privée et aux entreprises: c'est être capable d'améliorer sans cesse les conditions-cadres de notre efficacité, et sur ce point Dieu sait si nous avons fait des efforts remarquables de revitalisation, de privatisation aussi – pensez à ce qui est en cours dans les télécoms actuellement –, et Dieu sait si cet effort ne sera jamais achevé, et Dieu sait si nous devons l'intensifier et l'accélérer: il n'y a pas d'autre réponse à ce défi de la globalisation que dans notre capacité de pouvoir y réagir. Et lorsque je parle des conditions-cadres, je ne parle pas seulement des lois – la loi sur la concurrence ou des instruments comme celui-là –, je pense à la collaboration qui doit exister, et je touche là un point essentiel, entre l'Etat et l'économie privée dans beaucoup de domaines. Le premier domaine, et je me limiterai à cet exemple, c'est celui d'une meilleure utilisation de notre matière grise. La Suisse n'a pas d'autre matière première que sa matière grise; et si nous ne sommes pas capables de comprendre, économie privée et Etat, que notre seule chance est de continuer de développer les domaines de la formation, de la recherche de pointe, la capacité des entreprises, et notamment des PME, à assumer des niches technologiques de plus en plus raffinées, de plus en plus performantes, par conséquent si nous ne sommes pas capables de fournir l'effort fondamental dans ce domaine, alors je ne donne pas cher de l'économie suisse du XXI^e siècle. Cette économie ne sera pas l'économie des années cinquante. Elle ne sera même pas l'économie des années septante ou quatre-vingt. Elle doit être l'économie d'aujourd'hui, c'est-à-dire fortement orientée en matière économique sur la priorité, en quelque sorte, à donner à la matière grise.

Mais – j'en viens aux remarques critiques que j'ai entendues de Mme Simmen, de M. Iten, et d'autres intervenants dans le débat. Il est bien évident que cet effort, que cette capacité pour la Suisse de maîtriser la globalisation non pas elle-même, mais d'en maîtriser les effets chez nous à notre faveur, passe par une discipline intérieure considérable qui est actuellement insuffisante. Tant et aussi longtemps que nous n'avons pas été capables de revitaliser une confiance réciproque des partenaires sociaux entre eux, des partenaires économiques avec l'Etat, il est bien clair que nous courons le risque de vivre un certain nombre de difficultés majeures.

La globalisation – c'est un mot fréquemment utilisé par le secrétaire d'Etat Franz Blankart – fut inventée par Karl Marx, qui n'était pas secrétaire d'Etat. (*Hilarité*) Il est bien clair qu'elle présuppose une libéralisation extérieure et une libéralisation intérieure, et que si ce mouvement est mal supporté, mal digéré, mal conduit, alors il peut conduire, c'est vrai, à un certain nombre de difficultés, voire à des catastrophes intérieures.

Et c'est ici que je dois faire appel à deux éléments essentiels: la globalisation, c'est une chance et une aubaine d'ouverture des marchés, donc d'animation; c'est une calamité si cette globalisation n'est que le retour à la loi de la jungle. Si la glo-

balisation n'est que la loi du plus fort qui s'impose envers et contre tout, nous devons prendre en compte, et c'est aussi la responsabilité des entrepreneurs privés, d'autres réalités que les seules réalités comptables de leur entreprise, d'autres réalités que les réalités strictement économiques au court terme de leur entreprise. «Science sans conscience n'est que ruine de l'âme», dit Rabelais: science sans conscience serait, à moyen terme – je ne parle même pas du long terme, Madame Simmen –, la ruine de la globalisation pour nos sociétés si on n'est pas capable de prendre en compte aussi des données éthiques, des données humaines, des données régionales, culturelles, qui font également partie d'un patrimoine économique. Vous ne pouvez pas les détruire avec allégresse, simplement parce que tel ou tel regroupement et telle ou telle restructuration ne signifient rien d'autre que l'avènement exclusif de la loi économique, mais avec une cascade de conséquences sociales et humaines insupportables au moyen terme, et encore plus insupportables au long terme. C'est ma première réflexion. Nous devons donner une dimension à cette démarche.

Et puis la deuxième, c'est qu'il existe heureusement une Organisation mondiale du commerce. Je crois qu'il n'y a pas eu de session de votre Conseil, pendant la longue procédure de l'Uruguay Round, où je n'ai eu l'occasion de répondre à des questions sur les développements de l'Uruguay Round. Il est devenu réalité et je dis: «Dieu merci!» Le contrepoids institutionnel à la globalisation, c'est l'existence de l'OMC. Sans l'OMC, alors pour le coup nous vivrions une globalisation ravageuse où seul compterait le cours des actions et aucun autre élément. Je me réjouis dès lors que la première déclaration ministérielle de Singapour – c'était la première fois que l'OMC toute neuve se réunissait au niveau ministériel – ait pu lancer les travaux dans les domaines du commerce et de l'investissement, du commerce et de la concurrence, dans le domaine de la facilitation des procédures douanières, dans la discipline multilatérale des achats publics, et qu'ainsi l'OMC, qui exerce convenablement sa mission de police, puisse être véritablement considérée comme l'élément consubstantiellement lié à la globalisation et à ses effets pour nous et pour tous les autres dans le monde.

Je me réjouis que cette institution, qui, en matière d'environnement, Madame Simmen, poursuit les objectifs politiques que l'on avait développés – je rappelle d'ailleurs que la globalisation était le thème central du rapport sur la politique économique extérieure d'il y a un an –, confirme les engagements qui ont été pris, et que nous soyons réellement sur le bon chemin. Tout cela même si, je vous l'accorde volontiers Madame Simmen, les procédures vont plus lentement qu'on le souhaiterait, le Suivi de Rio et l'Agenda 21 se révèlent un peu lent à l'exploitation et à la réalisation. Mais, en ce qui nous concerne, nous avons une chance, une aubaine comme tous les autres: c'est de pouvoir jouer pleinement le rôle de l'OMC face à la globalisation.

Même tard, nous n'allons pas nous mettre en séance de nuit. Je termine par quatre dernières remarques très brèves sur les activités de la politique économique extérieure que nous continuons de développer.

1. En 1996, nous avons continué ces négociations avec l'Union européenne. J'en ai dit l'importance, je n'y insiste plus, c'est vraiment un des domaines capitaux où nous nous engageons.

2. En 1996, deuxième point, nous avons réussi le cumul paneuropéen entre l'Union européenne, l'AELE et les PECO, c'est-à-dire les pays d'Europe centrale et orientale. M. Bloetzer, rapporteur, y a fait allusion. Cette revendication suisse fondamentale, nous l'avons obtenue, je ne dirai pas miraculeusement, mais nous l'avons obtenue, entre autres grâce à notre appartenance à l'AELE, comme quoi cette vénérable petite institution, que l'on considère parfois avec un peu de dérision, continue d'être utile. Et je peux vous dire que le problème du trafic de perfectionnement passif des textiles suisses s'en trouve résolu et que l'effet multiplicateur pour d'autres secteurs économiques de la Suisse se trouve assuré grâce à ce cumul paneuropéen que nous avons pu obtenir l'année passée.

Je ne demande pas un monument ni une reconnaissance éternelle, mais je dis que ce résultat qui est totalement inconnu – lorsque l'on dit à quelqu'un qu'on a réussi le cumul paneuropéen entre l'Union européenne, l'AELE et les PECO, il n'a, au nom du ciel, aucune espèce de notion de ce que cela représente pour la longueur de sa chemise, il n'a aucune idée concrète de ce que cela peut représenter, bien entendu – est essentiel, et l'industrie textile nous en porte une grande reconnaissance que je signale avec avantage.

3. Ensuite, troisième et avant-dernière remarque, les négociations de l'OCDE pour un accord multilatéral sur l'investissement avancent très correctement.

4. Enfin, dernière remarque, nous avons je crois sauvé la Cnuced lors de la rencontre, la neuvième, de cette institution en Afrique du Sud au printemps de l'année dernière. Dès lors, tirant des priorités claires en matière de politique de développement et suggérant enfin une approche pragmatique dans l'assistance aux pays en développement, la Cnuced reprend la place qu'elle n'aurait pas dû quitter, qu'elle avait quittée et que nous lui redonnons dans le commerce multilatéral et dans les relations internationales multilatérales.

Voilà les commentaires que nous pouvions faire quant au rapport de politique économique extérieure.

Le président: La commission propose de prendre acte du rapport.

Angenommen – Adopté

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

A. Bundesbeschluss über die Abkommen zwischen den Efta-Staaten und den Republiken Estland, Lettland und Litauen

A. Arrêté fédéral portant approbation des Accords entre les Etats de l'AELE et les Républiques d'Estonie, de Lettonie et de Lituanie

Gesamtberatung – Traitement global

**Titel und Ingress, Art. 1, 2
Titre et préambule, art. 1, 2**

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 32 Stimmen
(Einstimmigkeit)

B. Bundesbeschluss über das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein betreffend die Direktversicherung

B. Arrêté fédéral portant approbation de l'Accord sur l'assurance directe entre la Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein

Gesamtberatung – Traitement global

**Titel und Ingress, Art. 1, 2
Titre et préambule, art. 1, 2**

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 32 Stimmen
(Einstimmigkeit)

C. Bundesbeschluss über die Vereinbarung mit den USA betreffend die Ausdehnung des Anwendungsbereichs des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen

C. Arrêté fédéral portant approbation de la Convention avec les Etats-Unis relative à l'extension du champ d'application de l'Accord OMC sur les marchés publics

Gesamtberatung – Traitement global

**Titel und Ingress, Art. 1, 2
Titre et préambule, art. 1, 2**

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 31 Stimmen
(Einstimmigkeit)

D. Bundesbeschluss über die Ausdehnung des Anwendungsbereichs des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen

D. Arrêté fédéral portant approbation de l'extension du champ d'application de l'Accord OMC sur les marchés publics

Gesamtberatung – Traitement global

**Titel und Ingress, Art. 1, 2
Titre et préambule, art. 1, 2**

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 31 Stimmen
(Einstimmigkeit)

E. Bundesbeschluss betreffend Änderungen der Liste LIX-Schweiz-Liechtenstein

E. Arrêté fédéral portant approbation des modifications de la liste LIX-Suisse-Liechtenstein

Gesamtberatung – Traitement global

**Titel und Ingress, Art. 1, 2
Titre et préambule, art. 1, 2**

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 32 Stimmen
(Einstimmigkeit)

F. Zolltarifgesetz

F. Loi sur le tarif des douanes

Gesamtberatung – Traitement global

**Titel und Ingress, Ziff. I–III
Titre et préambule, ch. I–III**

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 32 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

Aussenwirtschaftspolitik. Bericht 1996/I, II

Politique économique extérieure. Rapport 1996/I, II

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1997
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	97.002
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.03.1997 - 18:15
Date	
Data	
Seite	30-36
Page	
Pagina	
Ref. No	20 041 878

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.